

Uhuru! - Freiheit!

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, Gerald Götting, sprach zum Kenia-Tag

„Wir haben heute einen Feiertag“, sagt der Freund aus Kenia. „Und wir feiern mit euch mit“, antwortete ich. Da lacht der junge Afrikaner und schüttelt mir die Hand. „Uhuru“, sagt er. „weißt du, was Uhuru bedeutet? Das heißt Freiheit. Das ist der Kampfruf unseres Volkes in Kenia.“

Die Gruppe afrikanischer Studenten vor der Bühne des Hörsaales in der Fachschule für Post- und Fernmeldewesen zerstreut sich, zwischen blonden FDJlerinnen, dunkelhaarigen Freunden aus Algerien und Kuba, zwischen Wissenschaftlern, Studenten und jungen Arbeitern sieht man zur Feierveranstaltung am Kenia-Tag die Gesichter des jungen Afrika, die lachenden und ernstesten Gesichter eines aufbrechenden Kontinents. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Gerald Götting, übermittelte unseren Freunden die Grüße und die Sympathien des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates.

„Die Hilfe der DDR gegenüber den afrikanischen Nationalstaaten“, sagte

der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates, „ist getragen vom Geist der Freundschaft und des Friedens, der gegenseitigen Achtung, des gegenseitigen Vorteils und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Es kann kein Zweifel bestehen, daß wir den endgültigen Untergang des Kolonialismus in Afrika und in der ganzen Welt erleben werden. Unser Beitrag, materieller und kultureller Art, beim Aufbau freier und unabhängiger afrikanischer Staaten wird die feste, auf den Prinzipien von Bandung und auf dem Grundsatz des gemeinsamen Antikolonialismus gegründete Freundschaft zwischen der DDR und Afrika weiter entwickeln und im gegenseitigen Interesse Früchte tragen.“

Gerald Götting wies auf die in der programmatischen Erklärung des Staatsrates enthaltene Feststellung hin, daß sich am Prüfstein der Einstellung zum Kolonialismus der unterschiedliche Charakter der beiden deutschen Staaten zeigt. „Heute ent-

wickelt sich in Westdeutschland — wie in anderen Kolonialländern — jener Neokolonialismus, der an Stelle der Kolonie „Entwicklungsland“, an Stelle Kolonialwirtschaft „wirtschaftliche Hilfe“ und „Partnerschaft“ setzt“, erklärte Gerald Götting. „In ihrer sogenannten „Afrika-Woche“ wollen die Militaristen die Legende vom Bonner Antikolonialismus verbreiten. In Wirklichkeit ist es ihre Absicht, in Afrika einzudringen. Ihre Tarnung wird ihnen nicht viel nützen. Sie werden mehr und mehr durchschaut.“ Mit dem Kampfruf des tapferen kenianischen Volkes „Uhuru, Freiheit, Uhuru“, schloß Gerald Götting seine Rede.

Afrikanische Studenten. Funktionäre der Vereinigung der Studenten Kenias in der DDR, entwarfen ein Bild vom Freiheitskampf ihres Volkes und vom tapferen Leben ihres Nationalhelden Jomo Kenyatta, der schon seit acht Jahren mit Tausenden Patrioten in britischen Konzentrationslagern schmachtet.

In einer an die UNO gerichteten Resolution forderten die Teilnehmer der Feierveranstaltung seine sofortige Befreiung, Freiheit und Unabhängigkeit für Kenia, die Abschaffung aller Militärstützpunkte in Afrika und die Beseitigung der schmerzhaften Kolonialpolitik.

Mit einem zündenden Kulturprogramm deutscher und afrikanischer Freunde klang dieser Abend der Solidarität mit dem noch unterdrückten Kenia aus. K.-H.R.

„Hellender Freund Afrikas“



Nach dem Festakt zur Eröffnung des Afrika-Instituts an unserer Universität sagte der afrikanische Student Sheku Magona aus Sierra Leone:

„Die Gründung eines Afrika-Instituts an der Karl-Marx-Universität ist ein wesentlicher Beitrag zum Fortschritt überhaupt; es ist ein wesentlicher Beitrag zur Erforschung der Geschichte Afrikas, die bisher — und noch jetzt in den kapitalistischen Ländern — verfälscht dargestellt wurde. Wir sind als Afrikaner der DDR und der Initiative der Karl-Marx-Universität dankbar. Wir wissen, daß die DDR als sozialistischer Staat kein Interesse daran hat, die Völker Afrikas auszunutzen, sondern sie ist ein hellender Freund Afrikas, was u. a. die Eröffnung dieses Instituts beweist.“ Foto: Protischer

Mediziner sammeln für Kubaner

Ein Flugblatt, in dem zur Unterstützung der UNO-Deklaration zur sofortigen Beseitigung des Kolonialsystems aufgerufen wird, haben unsere Medizinstudenten herausgegeben. In dem Flugblatt verpflichten sich die Freunde, eine Sammlung durchzuführen, durch die einem jungen Patrioten aus Kuba das Medizinstudium an unserer Universität ermöglicht werden kann. Jede Seminargruppe will ein Monatsstipendium aufbringen. Die Gruppe III/9 hat sich das Ziel gesetzt, mindestens 250 DM zu sammeln. Ferner wollen unsere Mediziner eine Ausstellung unter dem Titel „Der Kampf der Völker um nationale Unabhängigkeit und

Freiheit gegen den Imperialismus“ aufbauen. Jede Gruppe wird eine Wandzeitung über ein vom Kolonialismus unterdrücktes oder bedrohtes Land ausstellen. In Form mit ausländischen Medizinstudenten und in Gruppenversammlungen wollen sich die Freunde Klarheit über die politischen Grundfragen unserer Zeit, insbesondere über die Probleme des Kolonialismus verschaffen.

Damit unterstützt die FDJ-Organisation unserer Mediziner den gerechten Kampf der Völker um Freiheit, den Kampf gegen den Imperialismus und für die totale Abrüstung in der Welt. — Auf jeden Fall eine sehr nachahmenswerte Initiative.

Biologiestudenten verurteilen Gewaltpolitik

Werte Herr Bürgermeister Büdinger! Wir Biologiestudenten der Karl-Marx-Universität Leipzig haben mit Empörung von dem unerhörten Überfall auf Sie und Ihre Gemeinde Kenntnis genommen. Wir haben dagegen in einem Schreiben an das Polizeipräsidium Darmstadt protestiert und versichern Sie unserer Solidarität. Uns befremden besonders die Gründe, aus denen diese Aktion unternommen und die brutalen Maßnahmen, mit denen sie durchgeführt wurden.

An das Polizeipräsidium Darmstadt
Wir Biologiestudenten der Karl-Marx-Universität Leipzig haben mit Empörung von dem unerhörten Überfall auf die Hessische Gemeinde Übersau Kenntnis genommen. Wir verurteilen aufs schärfste die brutale Aktion gegen die Bürger der Gemeinde.
Ist das die Verwirklichung der Freiheit?
Beide Briefe tragen die Unterschriften von 41 Studenten.

Appell des Akademischen Senats in Marburg und Münster überreicht

Im Auftrage des Akademischen Senats der Karl-Marx-Universität überreichten in der vergangenen Woche der Dekan der Philosophischen Fakultät, Prof. Dr. Martin, und der Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Heinze, dem Prorektor der Philipps-Universität zu Marburg an der Lahn, Prof. Dr. Reinhardt, sowie der Dekan der Juristenfakultät, Prof. Dr. Such, und der Direktor der Universitätsbibliothek, Dr. Müller, dem Rektor der westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster, Professor Dr. Köting, die Erklärung des Akademischen Senats der Karl-Marx-Universität vom 11. Oktober 1960. (Siehe UZ vom 19. 10. 1960.)

In dieser Erklärung bekennt sich der Akademische Senat der Karl-Marx-Universität zu den Abrüstungsvorschlägen der Regierung der Deut-

schon Demokratischen Republik sowie zur programmatischen Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, und wendet sich an alle verantwortungsbewußten Wissenschaftler in Westdeutschland, gemeinsam mit uns Ihre Stimme für den Frieden zu erheben und für den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten einzutreten.

Der Rektor der Universität Münster nahm diese Erklärung entgegen und beabsichtigt, sie dem Senat seiner Universität zur Kenntnis zu bringen. Der Prorektor der Universität Marburg versicherte nach der Entgegennahme der Erklärung, daß er sie dem Rektor unverzüglich unterbreiten wird.

Wo ist Humboldt lebendig?

Diejenigen, die mit einem gewissen Wohlwollen den Namen Friedrich-Wilhelm-Universität aussprechen, fühlen sich plötzlich berufen, an den Geist Humboldts zu erinnern und zu behaupten, er sei ausgelöscht an der Universität Unter den Linden, die in wenigen Tagen die Feier ihres 150-jährigen Bestehens begeht.

Allerdings lassen sie sich bezeichnenderweise nicht darauf ein zu erklären — wir sprechen hier von einem Artikel im Westberliner „Tag“ —, worin das Humboldtsche Universitätsideal bestanden habe. In diesem Falle hätte das Westberliner Blatt das neue Zulassungsverfahren und die veränderte Zusammensetzung der Studentenschaft ab 1946, d. h. erstmalig Söhnen von Arbeitern und Bauern die Tore akademischer Bildung öffneten, nicht als Auslöschung des Humboldtschen Geistes, sondern als höchste Erfüllung bis dahin unerfüllter Träume Wilhelm von Humboldts und der besten Hochschullehrer in der 150jährigen Geschichte der Universität darstellen müssen. Denn Wilhelm von Humboldt hatte erklärt: „Was verlangt man von einer Nation, einem Zeitalter, von dem ganzen Menschengeschlecht, wenn man ihm seine Achtung und seine Bewunderung schenken soll? Man verlangt, daß Bildung, Weisheit und Tugend so mächtig und allgemein verbreitet als möglich unter ihm herrschen.“

Aber noch nie war das in dem Maße der Fall wie an den Volksuniversitäten unserer Republik. Der „Tag“ spricht von einem „Bruch mit den inneren Traditionen deutschen akademischen Lebens“, nennt aber den reaktionären preußischen Staatshistoriographen Treitschke in einem Atemzug mit Fichte, der in seinen „Reden an die deutsche Nation“ den Geist der nationalen Befreiungsbewegung in die Universität trug, und mit Hegel, dessen Philosophie in ihrem rationalen Kern in der Lehre von Marx und Engels aufbewahrt wurde. Er hütet sich davor, auch nur den Versuch zu machen, seine Behauptung zu beweisen, alleiniger Treu-

händer der Gründung Wilhelm von Humboldts sei die „Freie“ Universität, denn er muß gleichzeitig zugeben: „Gewiß gibt es heute hier (an der Humboldt-Universität, Die Redaktion) Stipendien, die höher sind als das Honorear Modell in der Bundesrepublik...“; und die Behauptung von der Unfreiheit in Lehre und Forschung steht als jämmerliche Phrase da: „Heute kann der junge Student nicht frei wählen, was und bei wem er studieren will...“ In der Tat aber ist es so, daß Wilhelm von Humboldt sein Amt einst niederlegen mußte, weil die preußische Hofkammer ihn bedrängte, daß Fichte abdankte, weil seinen Reformplänen Widerstand entgegengebracht wurde und das Chauvinismus und Bildungseigendlichkeit bis zur Vernichtung des Faschismus das wissenschaftliche Leben, die humanistische Tradition und die Freiheit der Universität bekämpften.

Die Verleumder in Westberlin und Westdeutschland sind niemand anderes als die Nachfahren der Kräfte, die von jeher die wahre und freie Wissenschaft mißachteten. In Wirklichkeit pfeifen sie auf einen Humboldt und einen Fichte. Sie geben lieber das Geld für Atomrüstung als für Stipendien aus. Aber die Humboldt-Universität im demokratischen Berlin verwirklichte die Ideale der großen Wissenschaftler; denn alles Große, Schöne und Wahre, so sagte Walter Ulbricht am 15. Jahrestag der Neueröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena, das humanistische Schaffen der großen Wissenschaftler unserer Geschichte wird in der DDR geachtet und geehrt.

Die, die nicht einverstanden waren, daß sich die Tore der Berliner Universität entsprechend den Vorstellungen Humboldts breiten sollten, sind das Volk und mit Geldern der amerikanischen Kriegsgewinnler Ford in Berlin-Dahlem ein Spolierunternehmen gründeten, vereinigen lediglich den traurigen Ruhm auf sich, die reaktionären militaristischen und chauvinistischen Traditionen zu bewahren. G.L.

Verräter Zwerenz und Konsorten in der Gosse)

VON PROF. HANS TEUBNER

schmiert er für die Feinde des Volkes und muß trotzdem feststellen, daß ihn seine „publizistische“ Arbeit am Hungerloch nagelt, weil sich, wie „Die Welt“ ausdrücklich vermerkt, kein Publikum für seine geistigen Ergüsse findet. Eine intellektuelle Hure, billig und trotzdem ohne Kunden. Die leere Geldtasche hat Platz für den Totenschein des klerikal-militaristischen Systems, der sich auf den Namen Zwerenz und seinesgleichen ausgestellt ist.

Der „dritte Weg“ führt in den Sumpf

Wie es Zwerenz ergeht, so ergeht es fast allen Republikflüchtigen. Unter denen, die im Jahre 1956 die DDR für den reaktionären Umsturz nach dem Muster der ungarischen Verräter um Lukacs aufzuheben wollten, war Manfred Hertwig. Er bewohnt heute ein mobilisiertes Zimmer, für das er 75 D-Mark Miete bezahlt. Seine Einnahmen sind minimal, obgleich er für den „Telegraf“, für „Die Welt“ und für westdeutsche Rundfunksender gewissenlos jede Sudelei zusammenschmiert. Da ist er also gelangt, der 1956 als Redaktionssekretär der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ philosophisch die DDR für den „menschlichen Sozialismus“ ersetzen wollte.

Hertwig, der wieder in der SPD ist, küßerte zu Sander: „Es kommt einem so vor, als hätte man ein halbfeindliches Ausland betreten.“ Er erklärt das damit, daß „man eine Hand ergreift und den Daumen nicht will.“ Der Verräter fühlt sich also verraten, und seine Konsequenz besteht darin, daß er sich unfertig bei der Reaktion zu jedem Dienst anbietet. Er sagt dem Berichterstatter der „Welt“:

„Was über die Zone geschrieben wird, verfehlt in vielen Füllen seine Wirkung auf die Zonenbewohner.“ Wenn man sich aber mehr seiner und seinesglei-

chen bedienen würde, erschienen Veröffentlichungen, die auch das nötige Fleisch besitzen.

So widerlich also biederst sich dieser „intellektuelle“ Ganove an und hofft auf Erfolg, indem er dem Vertreter der „Welt“ versichert: „Der sogenannte dritte Weg ist nur für den Osten von Bedeutung, von revolutionärer Bedeutung.“

Mit anderen Worten, im Osten müsse man sich weiter um die Aufweichung bemühen, im Bonner Staat aber müsse man ohne Vorbehalt zum Atomkriegsminister Strauß und zum Judenmörder Globke stehen. Dem Sinne nach sagt ein anderer der Banditen, nämlich Heinz Zöger, dasselbe. Auf die Frage der „Welt“, Was glauben Sie tun zu können? antwortete er: „Für den Osten: das Gespräch über den Revisionismus nicht zum Erlischen kommen zu lassen. Für den Westen: die Politik der SPD zu unterstützen.“ Das ist die geistige, die pathologische Konzeption Zögers, der sich dem Journalisten der „Welt“ gegenüber darüber beklagt, daß ihm seine frühere Tätigkeit als Kommunist „als Makel angesehen werde, während eine nationalsozialistische Vergangenheit als ein Kavallerieverbrechen angesehen wird.“

Diese absteuere Anbiederung nützt Zöger nichts, denn obwohl er die Ergüsse seiner ungeistigen Akrobatik an alle möglichen reaktionären Zeitungen schreibt, ist sein Einkommen jämmerlich.

Es ergeht ihm wie dem „Lyriker“ Peter Jankovits, von dem „Die Welt“ folgenden Ausspruch berichtet: „Ich verbrauche im Monat hundert Briefmarken, um alle Verbindungen zu halten, von denen ich lebe.“

So ergeht es Verrätern an der Deutschen Demokratischen Republik: Anständige Menschen wenden sich voll Abscheu von ihnen, und selbst die

Reaktion will nichts mehr von ihnen wissen, nachdem sie durch ihre Republikflucht die Schuldigkeit des Mohren getan haben.

„Die Welt“ schreibt: „Ein geflüchteter Philosophendozent aus Ostberlin“ — sein Name wird nicht genannt, sein Jahrgang mit 1922 angegeben — „erhielt eines Tages in München zwei Briefe; der eine teilte ihm mit, daß seine Flucht nicht politisch anerkannt werden könnte, der zweite enthielt eine Einberufung zur Musterung.“ Damit illustriert „Die Welt“ höhnisch und treffend die Philosophie des „dritten Weges“.

Von der republikflüchtigen Eva Mütche berichtet „Die Welt“, daß sie sich die „Freiheit als ein Leben ohne Alternative“ vorstellte und nun in die Bundesgenossenschaft der Nazis und Revanchisten „dritten Weg“ gibt, schmiert jetzt die republikflüchtige Mütche reaktionäre Bücher zur ideologischen Vorbereitung des vom klerikal-militaristischen Regime nach der Denkschrift der Bonner Nazigenerale vorbereiteten Atombombenkrieges. So beweist es sich wieder: Der „menschliche Sozialismus“ ist identisch mit dem Dienst für die nationale Schande und die Barbarei.

Genug Halten wir uns nicht länger bei den verabscheuungswürdigen Kreaturen auf, Mögen sie, was unvermeidlich ist, verachtet im Sumpfe zugrunde sehen.

Wo ist der Staat der guten Deutschen?

Diejenigen aber, die noch keine klare Position gefunden haben, mögen die oben stehenden Fakten nachdenklich stimmen und ihnen klarmachen: Unsere Zeit verlangt von jedem einzelnen die Entscheidung, auf welcher Seite er zu stehen hat. Auf der Seite der klerikal-militaristischen Reaktion, des Judenmörders Globke, des Kriegers und der

Barbarei oder auf der Seite des Friedens, des Fortschritts, des Humanismus. Eine Zwischenposition gibt es nicht und kann es nicht geben. Jeder, dem Frieden, das Glück der Nation und seiner Kinder teuer ist, muß verstehen lernen, daß er vorbehaltlos für das nationale Kampfprogramm einstehen muß, das vom Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, in der Volkskammer am 4. Oktober verkündet wurde. Dieses Programm ist das Programm aller anständigen Deutschen, das Programm des Friedens, des ungestörten sozialen, kulturellen und literarischen Aufstiegs, das Programm wahrer Menschlichkeit.

Wessen Staat ist der Staat? Ist er der Staat der Fabrikanten des nationalen Todes oder ist er der Staat der Schöpfer der sozialistischen Gesellschaft, die allen Menschen Glück und Sonne bringt? Auf der Seite der Deutschen Demokratischen Republik zu stehen, heißt dort zu sein, wo den objektiven Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung getragen wird, wo die Gesetze der Wissenschaft als absolut bindend anerkannt werden, wo Kultur und Geistesleben gedeihen und der Staat ein Werkzeug wahrhaftigen Humanismus ist. Unsere Epoche ist die Epoche der konsequenten Erneuerung der Existenzformen der menschlichen Gesellschaft, eines unvergleichlichen Höhenflugs zur Beherrschung der Naturkräfte, zu einem fortschrittlichen System“, so sagte N. S. Chruschtschow in seiner großen Rede auf der UNO-Vollversammlung. Auf diesem Höhenflug bewegt sich unsere Deutsche Demokratische Republik als Teil des sozialistischen und des Weltfriedenslagers. Hier ist der Platz jedes nationalen besonnenen Deutschen, jedes Arbeiters und Bauern, jedes Angehörigen der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz, jedes Mannes, jeder Frau, jedes Alten, jedes Jugendlichen, Glück und Sonne allen denen, die vaterländisch handeln! Schmach, Schande und Verderb denen, die wie Kantowicz, Kasten, Zwerenz, Hertwig, Zöger und Konsorten zu erbärmlichen Verrätern wurden!

Entnommen aus der „Leipziger Volkszeitung“ vom 18. Oktober 1960.

Universitätszeitung, 26. 10. 1960, S. 3